

STADT AHRENSBURG - STV-Beschlussvorlage -		Vorlagen-Nummer 2006/ 100
öffentlich		
Datum 09.08.2006	Aktenzeichen FD I.1/ ha/ gl	Federführend: Frau Haase

Betreff

2. Nachtragshaushaltssatzung 2006

Beratungsfolge Gremium	Datum	Berichterstatter
Hauptausschuss	21.08.2006	Herr Koch
Finanzausschuss	22.08.2006	
Bau- und Planungsausschuss	23.08.2006	
Bildungs-, Kultur- u. Sportausschuss	07.09.2006	
Sozialausschuss	12.09.2006	
Umweltausschuss	13.09.2006	
Werkausschuss	14.09.2006	
Stadtverordnetenversammlung	25.09.2006	

Finanzielle Auswirkungen	: X	JA	NEIN
Mittel stehen zur Verfügung	:	JA	NEIN
Haushaltsstelle	:		
Gesamtausgaben	:		
Folgekosten	:		
Bemerkung:			

Beschlussvorschlag:

Der 2. Nachtragshaushaltssatzung 2006 in der als **Anlage 1** beigefügten Fassung wird zugestimmt.

Sachverhalt:

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 17.01.2006 den Haushalt 2006 beschlossen. Wegen geringerer Grundstückserlöse – die Stadt stimmte einer Teilzahlung für 2007 statt 2,6 Mio. € in Höhe von 1,05 Mio. € zu – und der erneuten Mittelbereitstellung für einen möglichen Grundstückserwerb in der Innenstadt sowie ein Darlehen an die Gasversorgung Ahrensburg GmbH – GAG – wurde bereits am 27.03.2006 eine 1. Nachtragshaushaltssatzung beschlossen.

Daneben haben sich eine Vielzahl weiterer - sowohl negativer wie positiver - Veränderungen ergeben, die eine weitere Nachtragshaushaltssatzung erfordern. Besonders hervorzuheben ist die Gewährung eines Darlehens an die GAG i. H. v. 4,6 Mio. €, das trotz hoher Gewerbesteuererinnahmen nur durch eine weitere Neuverschuldung finanzierbar ist.

Die GAG wird zum 01.10.2006 den Geschäftsbetrieb aufnehmen und hat zuvor – die o. g. Summe bildet nur einen Teilbetrag – das Gasnetz von E.ON Hanse zu erwerben. Daher ist eine Beschlussfassung dieser Nachtragshaushaltssatzung in der Stadtverordnetenversammlung am 22.09.2006 **zwingend** erforderlich.

Eine Nachtragssatzung ist nach § 80 Abs. 2 Nr. 1 GO u. a. unverzüglich dann zu erlassen, wenn sich abzeichnet, dass ein erheblicher Fehlbetrag entstehen wird und der Haushaltsausgleich nur durch eine Änderung der Haushaltssatzung erreicht werden kann oder Ausgaben für bisher nicht veranschlagte Maßnahmen geleistet werden sollen. Für das Haushaltsjahr 2006 gilt beides. Die wesentlichen Veränderungen werden im Folgenden näher erläutert. Die Veränderungen des 2. Nachtragshaushaltes 2006 stellen sich im Ergebnis wie folgt dar:

Verwaltungshaushalt

bisherige Einnahmen	=	48.691.700 €
Mehreinnahmen	=	+ 6.731.300 €
Mindereinnahmen	=	- 997.000 €
per Saldo somit	=	5.734.300 €
neues Haushaltssoll 2006	=	54.426.000 €

bisherige Ausgaben	=	48.691.700 €
Mehrausgaben	=	+ 5.862.100 €
Minderausgaben	=	- 127.800 €
per Saldo somit	=	5.734.300 €
neues Haushaltssoll 2006	=	54.426.000 €

Vermögenshaushalt

bisherige Einnahmen	=	9.985.400 €
Mehreinnahmen	=	+ 5.374.800 €
Mindereinnahmen	=	- 277.500 €
per Saldo somit	=	5.097.300 €
neues Haushaltssoll 2006	=	15.082.700 €

bisherige Ausgaben	=	9.985.400 €
Mehrausgaben	=	+ 5.253.400 €
Minderausgaben	=	- 156.100 €
per Saldo somit	=	5.097.300 €
neues Haushaltssoll 2006	=	15.082.700 €

Die **Verpflichtungsermächtigungen** sinken um 1.428.000 € auf 8.995.000 €. Dieses ist zurückzuführen auf einerseits die Entnahme der Verpflichtungsermächtigung für den Neubau der Sporthalle an der IGS nach der Entscheidung, diese im Rahmen eines ppp-Modelles zu errichten und andererseits der Bereitstellung neuer Verpflichtungsermächtigungen insbesondere für den Ausbau der Großen Straße. Nachstehend werden die wichtigsten Veränderungen kurz dargestellt.

Verwaltungshaushalt — Einnahmen

HHSt 9000.0030 – Gewerbesteuer

Das Anordnungssoll beträgt Anfang August 2006 bereits über 24 Mio. €. Daher wird eine Erhöhung des Haushaltsansatzes auf 24 Mio. € vorgeschlagen.

HHSt 8130.2250 – Nachzahlung Konzessionsabgabe Gas

Mit der von E.ON Hanse ab 2004 zu leistenden Nachzahlung der höheren Abgabe kann frühestens im Jahre 2007 gerechnet werden. Möglicherweise können die bestehenden Schadensersatzansprüche nur im Wege eines weiteren Klageverfahrens durchgesetzt werden. Der Haushaltsansatz wird daher korrigiert.

Verwaltungshaushalt — Ausgaben

HHSt 9000.8100 – Gewerbesteuerumlage

Aufgrund der dargestellten Gewerbesteuermehreinnahmen ist eine Erhöhung der Gewerbesteuerumlage auf 5,1 Mio. € erforderlich. Die tatsächliche Entwicklung ist von den Einnahmen bis Quartalsende III/ 2006 abhängig.

HHSt 9100.8600 – Zuführung an den Vermögenshaushalt

Die in der Änderungsliste dargestellten Veränderungen bei den Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes führen im Ergebnis zu einem um 3,9 Mio. € auf 4,388 Mio. € erhöhten Zuführungsbetrag. Damit übersteigt der Zuführungsbetrag den bisherigen um das rd. 10fache und leistet einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung des Vermögenshaushaltes. Dieses ist besonders deshalb erforderlich, da Mittel der Allgemeinen Rücklage zur Gegenfinanzierung in 2006 über den im I. Nachtragshaushalt 2006 hinausgehenden Betrag von 580.000 € nicht mehr zur Verfügung stehen.

Vermögenshaushalt

1. Gasversorgung Ahrensburg GmbH

Nach den Entscheidungen des Aufsichtsrates der GAG – einer 100%igen Gesellschaft der Stadt Ahrensburg – werden ab dem 01.10.2006 die Ahrensburger Privathaushalte mit Gas versorgt. Diese Versorgung erfolgt zurzeit durch E.ON Hanse, die auch das Leitungsnetz besitzt. Zum 01.10.2006 wird die GAG das Leitungsnetz erwerben. In Höhe von 40 % des Kaufpreises ist ein Gesellschafterdarlehen an die GAG zu zahlen; dieses Darlehen verbleibt als städtisches Stammkapital in der GAG.

2. Neubau der Sporthalle an der IGS

Die Stadtverordnetenversammlung hat nach intensiven Beratungen der Ausschüsse in 2006 den Neubau einer Dreifeldsporthalle für die abgängige jetzige Sporthalle an der IGS beschlossen. Es wird angestrebt, diesen Neubau im Rahmen eines ppp-Modelles zu errichten. Diese Entscheidung fiel nach Vorlage einer Machbarkeitsstudie am 26.06.2006. Auf diesem Hintergrund können sowohl die **Verpflichtungsermächtigung** für den Neubau der Sporthalle wie auch für den Gebäudeabbruch der vorhandenen Sporthalle im Nachtragshaushalt auf 0 € zurückgeführt werden. Die Kosten werden im Rahmen des ppp-Modelles nach Abschluss entsprechender Verträge zu begleichen sein. Die Stadt entrichtet nach Fertigstellung (2008) Zahlungsraten an die Baufirma. Diese sind dann jedoch im Verwaltungshaushalt zu veranschlagen. Die Verträge gelten voraussichtlich 20 Jahre, d. h., erst danach entfallen Zahlungsverpflichtungen für dieses Projekt.

Das Projekt wird voraussichtlich nicht durch das Schulbau- und Schulbausanierungsprogramm des Landes gefördert. Dieses bedeutet nicht, dass die Notwendigkeit nicht anerkannt wird. Vorrangig wird der Neubau von Klassenräumen unterstützt. Hierbei handelt es sich allein kreisweit um fünf vorrangige Baumaßnahmen (Prioritätenliste vom 02.08.06). An 6. Stelle könnte eine Förderung der Brandschutzmaßnahme Treppenhäuser (II. und III. BA) für die Stormarnschule, an 8. Stelle für den Neubau der Sporthalle IGS (anerkannt wird für den Schulbedarf nur eine Zweifeld-Sporthalle in den Maßen 22 x 44 m) erfolgen. Es ist zu bezweifeln, dass Fördermittel des Landes für diese Maßnahme gewährt werden können.

3. Große Straße

Im Entwurf des Haushaltes 2006 war der Ausbau der Großen Straße im Abschnitt Woldenhorn bis Rondeel mit einem Anteil von je 600.000 € für die Jahre 2006 und 2007 vorgesehen. Ziel war es, den Ausbau des Straßenabschnittes im Schatten der Hochbaumaßnahme Einkaufszentrum zeitnah abzuwickeln. Die Stadtverordnetenversammlung hatte den Ausbau angesichts der seinerzeit unklaren Entwicklung des Projektes Einkaufszentrum in die Jahre 2007/ 2008 verschoben.

Zwischenzeitlich hat die Stadt das Realisierungskonzept für die Innenstadt dem Land vorgestellt und Mittel aus dem Programm „Städtebauförderung“ beantragt. Vorgestellt wurden insbesondere der I. Bauabschnitt/ Gutshofbereich und der II. Bauabschnitt/ Schlosspark Kernfläche. In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, dass die Große Straße auszubauen ist. Hierfür erhält die Stadt keine Ausbaubeiträge, da im Abschnitt Woldenhorn bis Rondeel keine Anlieger wohnen, sondern in den „Kohschietstraßen“. Das Land hat seine Bereitschaft signalisiert, diesen städtebaulich bedeutenden Straßenabschnitt – ergänzt bis „Am Alten Markt“ - mit einer Förderung bis zu 50 % zu unterstützen. Daraufhin wurden ergänzende Planungsmittel (HHSt 6100.6570) in Höhe von 55.000 € im Wege der Dringlichkeit bereitgestellt. Um den Ausbau der Großen Straße in 2007/ 2008 durchführen zu können, wird eine **Verpflichtungsermächtigung** in Höhe von zunächst 1,2 Mio. € in diesen Nachtragshaushalt 2006 eingestellt.

4. Kornkamp Süd

Die Straße Kornkamp Süd wurde bereits der Öffentlichkeit gewidmet, die Baukosten sind jedoch noch nicht vollständig beglichen. In 2006 sind zusätzlich 200.000 € bereitzustellen, da der Haushaltsrest von 166.000 € für die Begleichung der Schlussrechnungen nicht ausreicht. Ergänzend ist hierzu mitzuteilen, dass für das Haushaltsjahr 2006 ursprünglich ein letzter Teilbetrag von 250.000 € beantragt, aber nicht in den Haushaltsplan eingestellt wurde. Es sollte zunächst die Entwicklung der Schlussrechnungen abgewartet werden. Statt ursprünglich veranschlagter Kosten von 2,15 Mio. € liegen die Kosten für diese Straßenbaumaßnahme letztlich bei rd. 2,035 Mio. €. Die Stadt erhält für diese Baumaßnahme allerdings bis zu 1,4 Mio. € Förderung.

Nachtragsstellenplan

Der Haushaltsplan besteht u. a. aus dem Stellenplan. Eine Änderung des Stellenplanes ist deshalb grundsätzlich nur über den Weg des Erlasses einer Nachtragshaushaltssatzung durch einen Nachtragsstellenplan möglich.

Zum 01.09.2006 wird das Kundenzentrum der GAG eröffnet. In diesem Kundenzentrum wird vorrangig städtisches Personal eingesetzt, das zu diesem Zweck abgeordnet wird. Die Schulungsmaßnahmen begannen zum 01.08.2006. Auf Bitte der Stadt ist u. a. eine Mitarbeiterin aus dem Erziehungsurlaub zum 01.08.2006 zurückgekehrt und wird im Kundenzentrum tätig sein. Diese zusätzliche Stelle ist im Stellenplan auszuweisen. Die Personalkosten der in der GAG tätigen Mitarbeiterinnen werden dem UA 0300 erstattet.

Ausblick

Der Ausgleich der im Haushaltsplan dargestellten Mehraufwendungen ist nur durch eine um rd. 1,3 Mio. € erhöhte Neuverschuldung möglich. Hierbei handelt es sich einerseits um einen Kredit des Landes, da die Stadt für die Erstellung der Kunstrasenplätze aus dem Sportstättenprogramm in Höhe von 75 % der Baukosten ein Darlehen erhält, das wiederum für 10 Jahre mit Zinszuschüssen aus dem Schleswig-Holstein-Fond gefördert wird. In Höhe von 4,74 Mio. € ist die Aufnahme eines Kredites am Kapitalmarkt erforderlich.

Die Entwicklung der Schulden sieht unter Berücksichtigung des Nachtrages wie folgt aus:

Schuldenstand Ende 2005	=	8,119 Mio. €
Neuverschuldung 2006	=	6,695 Mio. €
Tilgung 2006	=	0,352 Mio. €
Schuldenstand Ende 2006	=	13,320 Mio. €
(bisher	=	12,419 Mio. €)

Die dargestellte Entwicklung der Verschuldung von 8,119 Mio. € Ende 2005 auf 13,230 Mio. € Ende 2006 ist bedenklich. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass der Schuldenstand Ende 2005 den niedrigsten Stand seit Jahren erreicht hat und das Gesellschafterdarlehen der Stadt an die GAG wirtschaftlich vorteilhaft ist. Durch höhere Konzessionseinnahmen wird in den Folgejahren der Verwaltungshaushalt Mehreinnahmen gegenüber der Versorgung durch E.ON Hanse erfahren.

Grundsätzlich ist aber festzustellen, dass die Folgejahre voraussichtlich im investiven Bereich – sollten alle in der Investitionsplanung bis 2009 dargestellten Maßnahmen in diesem Zeitraum umgesetzt werden – durchgängig eine Neuverschuldung nach sich ziehen.

Pepper
Bürgermeisterin

Anlagen:

II. Nachtragshaushaltssatzung

2. Nachtragshaushaltssentwurf 2006 - Verwaltungshaushalt

2. Nachtragshaushaltssentwurf 2006 – Vermögenshaushalt

Übersicht über die im Haushaltsplan 2006 ausgewiesenen Verpflichtungsermächtigungen